

Sitzung der Stadtverordneten.

Der Vorsitz führt der Vorsitzende Justizrat Dr. Meißner. Der Vorsitzende teilt ein, dass die Ein- führung des auf Lebenszeit gemäßigten Oberbürger- meisters Dr. Dietrich, Bürgermeisters Roth und des zum 3. Bürgermeister gewählten Stadtrats Dr. Weber am Freitag, den 20. d. M., mittags 12 Uhr, im Rathsaussaale stattfinden.

Von 5 Vereinen im Osten wird in einer Eingabe gebeten, die für die Bäder aufgeworfene Summe so zu verwenden, dass alle Stadteile in gleicher Weise bebaut werden. Ebenso lagen aus Gohlis meh- rere Eingaben vor, die sich mit der Nordbadfrage be- schäftigten.

Zustimmungen.

Mit der Nachbemessung von 6500 M zu Konto 5 Pol. 56 „An Anhalten für Gebrechliche“ des Haus- haltplanes für 1911 war das Kollegium einverstanden.

Der endgültige Festlegung der Fahrbahn der Halberstädter Straße (früher Straße X) im Jahre 1911 wurde zugestimmt, ebenso der Erhaltung von 396,15 M anteiligen Kosten für Herstellung der Kreuzung „Waldheidestraße-Gustav-Kroetz-Straße“, dem Anlauf des Kurhofs Nr. 93 in Gohlis von 9040 Quadratmeter Flächeninhalt um den Preis von 15 Pf. für 1 Quadratmeter, der Erhaltung von 8540,18 M anteiligen Kosten für Herstellung und Land der Demmeringstraße vom Gleis P XVI bis zur Radestraße aus dem Fonds der öffentlichen Bauaufgaben für das Gebiet des Bebauungsplanes E-Lindenau-West, dem Abbruch des Hauses Seiten- gasse Nr. 1 in E-Stötteritz und dem Verkauf der Bauplätze Nr. 7 und 8 an der Nordstraße von zu- sammen 791,2 Quadratmeter Flächeninhalt um den Preis von 20 000 M = 25,28 M für 1 Quadratmeter.

Große Fleischergasse.

Zur baupolizeilichen Festlegung der Fläche einer Straße der Großen Fleischergasse, Erweiterung von etwa 30 Quadratmeter Land, das vom Grundstück Nr. 4 zur Straße fällt, um den Preis von 350 M für 1 Quadratmeter und Bewilligung von 1000 M Be- weisungsgeld zu Unken des Stadterweiterungs- fonds sowie Ueberlassung des Landes zur Errichtung eines Vorbaus bis auf weiteres beantragten Hoch- bau- und Tiefbauausbau: 1) zur Aufschüttung der Fläche des Grundstücks im südlichen Sinne ab- zugeben und der Vorlage im übrigen zuzustimmen, 2) den Rat um abschließende nichtöffentliche Vorlegung eines unverbindlichen Bauplanes für die innere Stadt zu ersuchen. — Dies geschieht.

Elektrisches.

Mit der Bewilligung von 54 000 M aus der An- leihe für die Errichtung einer Bahn-Schaltanlage in den Untermerten Gohlis und Plagwitz, sowie für die Ausweitung eines Umformers im Untermert Gohlis und der Bewilligung von 120 000 M Berech- nungsgeld für Erweiterung des Kabelnetzes der Elektrizitätswerke Nord (20 000 M) und Süd (100 000 M) war Kollegium einverstanden.

Die Teuerung der Lebensmittel.

A. Antrag der Stadtverordneten Völlender und Genossen in Bezug auf die Teuerung der Nah- rungsmittel, der dahin geht: an den Rat der Stadt Leipzig das dringende Ersuchen zu richten, 1) bei der Landes- und Reichsregierung unverzüglich Schritte dahin zu unternehmen, a. daß die Nahrungsmittel- zölle aufgehoben, b. die Grenzperre für die Einfuhr von Vieh und Fleisch beseitigt und c. das Selten der Getreideeinfuhrzölle abgehoben werde, 2) beim Vorstände des Deutschen Städtetages zu beantragen, daß die Bekämpfung der Lebensmittelteuerung zum Gegenstande der Verhandlung auf dem diesjährigen Deutschen Städtetag gemacht werde, und 3) daß kom- munalen Einrichtungen getroffen werden, durch die unlerer Bevölkerung möglichst billige Nahrungs- mittel vermittelt werden, sowie

B. Eingabe und Ratsschreiben mit Beifügungen in den Druckfahen Nr. 593, 597, 603, 1911.

Der Verfassungs- und Verlehrs- aus- schuß beantragt: 1) den Antrag zu ablehnen, 2) den Antrag 1b durch die Petition des Deutschen Städtetages als erledigt anzusehen, 3) den Antrag 1c durch die Petition des Rates ebenfalls als erledigt anzusehen, 4) den Antrag 2 durch die Petition des Deutschen Städtetages als erledigt anzusehen, 5) den Antrag 3, a. soweit er den Verkauf von See- fischen betrifft, durch die bereits getroffenen und noch zu beschließenden Maßnahmen erledigt zu erklären, b. im übrigen abzulehnen, 6) die Eingabe in der Druckfahen Nr. 593/1911 durch die heutige Be- schlußfassung für erledigt zu erklären.

Der Referent hatte Justizrat Schenk über- nommen, der a. a. folgendes ausführte: Der Antrag, die Nahrungsmittelzölle dauernd oder zeitweise auf- heben, sei abgelehnt worden, denn man habe es mit einem wirklichen Mangel im allgemeinen nicht zu tun. Die Mehrheit der Ausschüsse erklärte sich mit der Eingabe des Rates an das Ministerium einver- standen, daß die Verwendung von Einfuhrzöllen bei der Einfuhr von Getreide und Vieh im Winter nicht leidet wie im Sommer. Mit der Beseiti- gung der Grenzperre war die Mehrheit der Ausschüsse ebenfalls nicht einverstanden, aber die Eingabe an den Vorstand des Deutschen Städtetages wurde aus- gegeben, in der gefordert wird, die Einfuhr von Vieh aus den Nachbarländern zu erleichtern, die Einfuhr von gepökeltem Fleisch zu unterstützen und die Ein- fuhr von Fleisch aus den Kolonien zu ermöglichen. Der Beschaffung billiger Nahrungsmittel stehen große Schwierigkeiten entgegen, denn es ist nicht leicht, für eine Einwohnerzahl von 650 000 Per- sonen einzukaufen. Vorschläge wurden, für die hiesigen Arbeiter vielleicht aus Dänemark Kar- toffeln einzukaufen.

Stadtv. Völlender: Mit unserem Antrag waren keine agitatorischen Zwecke verbunden, son- dern die Agitation kam nur soweit in Frage, als wir die Ursache der Teuerung aufzuklären ver- suchten. Die Ausführungen des Subreferenten im Ausschuss waren auf den Grundgedanken gekommen, es kommt schon alles von selbst. Wir aber sagen: Wer nur den lieben Gott läßt walten, der läßt aber alles nur beim alten. Die Hauptursache der Teuerung liegt bei den hohen Zöllen. Die preussische Regierung hat in ihrem bekannten Erlass diese Ursachen zu verdecken versucht. Vor allen Dingen muß die Beseiti- gung der Nahrungsmittelzölle gefördert werden. Deutschland ist nicht in der Lage, den inländischen Getreidebedarf zu decken. Das liegt fest, daß im September im Vergleich zu den inländischen Preisen des Vorjahres eine erhebliche Steigerung zu ver- zeichnen gewesen ist. Aus Deutschland wird mehr Getreide ausgeführt als eingeführt. Damit eine derartige heillose Spekulation unterbunden würde,

mühen die Einfuhrzölle abgehoben werden. Doch die jetzt bestehende Grenzperre für Vieh nicht allein aus veterinärpolizeilichen Gründen gelassen, sondern der Konfurrenz des ausländischen Viehes wegen, ist bekannt. Die Eingabe an den Vorstand des Deutschen Städtetages hält Redner für praktisch, daß Leipzig zu denjenigen Städten gehört, die etwas gegen die Fleischteuerung tun müssen, geht aus der Petition des Städtetages hervor, aus der zu ersehen ist, daß Leipzig zu den Städten gehört, in denen überhaupt die höchsten Fleischpreise gezahlt werden. Im Ausschusse wurde auf die geringe Sterblichkeits- ziffer in Leipzig hingewiesen, aber die Sterblichkeits- ziffer unter den Säuglingen ist in Leipzig in einer geradezu erschreckenden Weise gestiegen. Diese Er- scheinung ist auch nicht ohne weiteres auf die anormalen Witterungsverhältnisse zurückzuführen, sondern zum großen Teil auf das Nachlassen der Widerstandskraft der weiblichen Bevölkerung. Es sei in Erwägung zu ziehen, zu unterstützen, wieviel Schulkinder an Unterernährung leiden.

Stadtv. Joachim: Herr Völlender hat uns die- selbe Rede gehalten, wie in den Ausschüssen. Sei- nen Standpunkt kennen wir: Für sich und seinen Vorteil alles, für die anderen nichts! Solange wir nicht nachgewiesen wird, daß die gleichgehenden Fak- toren irgend was veranlassen haben, liegt für mich kein Anlaß vor, diese gleichgehenden Faktoren an ihre Pflicht zu erinnern. Die Ausfuhr ist erheblich größer als die Einfuhr. Man spricht überall von einer großen Teuerung. Wenn wir die Sache objektiv be- trachten, werden wir zu der Ueberzeugung kommen, daß keine Teuerung, geschweie denn eine große Teuerung besteht. Die Körnerrente ist besser wie im Vorjahre und die Stärke der Kartoffeln hat in diesem Jahre 10 bis 12 Prozent mehr als im Vorjahre. Die große Ergebenheit des Roggens hat erzielt, daß das Brot nicht aufgeteilt ist. Die Bäder seien also gegen den Vorwurf des Herrn Völlender in Schutz zu nehmen. Wegen des Futterman- gels sei allerdings eine kurze Preissteigerung einge- treten. Wenn die Regierung alles durchführen wollte, was verlangt würde, könnte man sich über den nächstjährigen Stenerzettel wundern. Den Zwischen- handel bezeichnet Redner als ungehindert. Redner kommt dann auf den Plagwitzer Konsumverein zu sprechen, aus dessen Jahresbericht ein Umsatz von 21 Millionen zu sehen ist. Wenn der nicht mehr Egen bringen kann als hier zu ersehen ist, dann ist es traurig, daß so viel Rot und Geld über so viele Konsumvereine (kleine Händler usw.) gebracht wird.

Stadtv. Lehmann: Was der Konsumverein an Dividende zurückhält, das werden sonst die Unter- nehmer in die Tasche. Herr Joachim hat bestritten, daß eine Teuerung besteht. Es handelt sich nicht nur um Brot und Fleisch, sondern auch die Preise der übrigen Nahrungsmittel sind gestiegen. In einer ganzen Reihe deutscher Städte ist der Standpunkt eingewonnen worden, den wir bezüglich der Zölle zum Ausdruck gebracht. Auch hat man dort etwas getan, um der Rot zu wehren. Wenn auch die Bekämpfung solcher Erscheinungen durch die Stadt nur faktisch eintritt, so ist doch sehr, daß einig- ermaßen geteilt wird. Wenn die Ausschüsse annehmen, so wäre das Resultat das, daß hier gar nichts getan wird. Dann könnte auch von einem sozialen Verständnis bei der Leipziger Stadtverwal- tung nicht gesprochen werden. Was andere Städte hat man getrieben, daß man sich dort mit den Gewerks- chaften in Verbindung setzt, um einen geordneten Verkauf einzurichten. Wenn im Interesse der All- gemeinheit etwas geschehen muß, darf man nicht be- zögern sein, wenn auch einige Kritiker darunter seien. Redner stellt dann den Antrag, der Ziffer 3 des sozialdemokratischen Antrages zuzustimmen, zur Ausführung des Antrages einen gemischten Aus- schuß einzusetzen und diesem eine Summe von 200 000 M zu überweisen.

Überbürgermeister Dr. Dietrich: Wir haben von der Herrn Lehmann nachstehenden Briefe eine Kritik erfahren müssen, als ob wir, der Rat, gar nichts in der Sache getan haben. Man muß es be- dauern, daß in einer solchen ersten Angelegenheit eine derartige Einstellung vorgekommen wird. Da- durch muß natürlich eine tiefe Verstimmlung hervor- gerufen werden. Wir haben keinen Augenblick die Hände in den Schoß gelegt. Wenn wir etwas tun wollen, so muß zuerst festgestellt werden, daß der Großhandel nicht genügend funktioniert. Wenn diese Voraussetzung vorliegt, dann muß es die Sache der Stadtverwaltung sein, hier eine Anregung zu geben. Wir haben bereits derartige Anregungen gegeben, indem wir die beiden Fischhändler ins Leben gerufen haben mit dem Zwecke, auf diese Weise unserer Bevölkerung gute und preiswerte Seefische zu beschaffen. Die zweite Voraussetzung muß die sein, daß eine Ueber- teuerung vorliegt. Die Frage ist nicht leicht zu beantworten. Dierhalb muß der Markt fortwährend verfolgt werden, damit man mit dieser Hilfe einen Ausblick gewinnen kann. Wir sind mit den Großhändlern in Verbindung getreten, haben die Detailpreise beobachtet und werden uns demnächst darüber schlüssig machen, was geschehen muß. Wir werden uns zu überlegen haben, ob wir nicht an die großen Betriebe herantreten, damit sie direkt von den Großhändlern für ihre Angestellten den billigen Bezug der Kartoffeln einleiten können. Wir müssen auf alle Mitbürger Rücksicht nehmen. Wir haben weiter in Aussicht genommen, unsere eigenen Arbeiter in unleren Betrieben mit Kartoffeln und Seefischen zu versorgen, die wir direkt von den Großhändlern beziehen und den bei uns beschäftigten Arbeitern zum Selbstkostenpreis abgeben wollen. Weiter sollen die Kachschale für Seefische alsbald wieder ins Leben gerufen und möglichst weitem Umfange durchgeföhrt werden, wir werden noch zu überlegen haben, ob vielleicht noch im Norden eine dritte Seefischhalle zu errichten ist. Bezüglich der Fleischteuerung verweist Redner auf die Petition des Rates an die Regierung. Man könne nur hoffen, daß seitens der Reichsregierung unseren Wünschen Rechnung getragen wird. Wenn das geschieht, hoffen wir, daß eine gewisse Besserung eintritt. Leider muß dabei gesagt werden, daß auch das Ausland infolge der Dürre zu leiden gehabt hat. Ich bin der Ansicht, daß es die Pflicht der Reichs- regierung ist, daß in dieser Frage alles getan werden muß, was zu tun ist. Dazu gehören die Maßnahmen, die vom Vorstand des Städtetages vorgeschlagen sind. Redner kommt dann auf die ansehnliche Fleischteue- rung ein. Das Schlachtgewicht bei Ochsen betrug im Vorjahre 87 Pf. in diesem Jahre 85 Pf. Der übliche Fleischpreis 90 Pf. im Vorjahre und jetzt. Bei Rindern beträgt das Schlachtgewicht jetzt 74 Pf. gegenüber 78 Pf. im Vorjahre, der Fleischpreis ist von 85 auf 90 Pf. gestiegen. Bei Schweinen sind die Preise (80 Pf.) wie im Vorjahre stehen geblieben. Es würde große Schwierigkeiten begehen, wenn die

Stadt die Schlachtungen selbst vornehmen lassen wollte. Der Rat ist der Meinung, daß man eine Summe zu Verfügung stellen soll, die einmal der Speisung der Schulkinder dient. Weiter- hin soll ein Berechnungsgeld aufgewandt werden als Beihilfe für die Speiseankalten, die sich durch den Kriegszustand ergeben haben. Auch ist erwogen, zwei neue Speiseankalten zu er- richten. Weiter ist in Aussicht genommen, unler Arbeiter und Beamten, die ein Einkommen unter 1800 M haben, verheiratet sind und Kinder haben, eine einmalige Beihilfe zu gewähren. Von einer Lohnerhöhung kann jetzt keine Rede sein, weil im Vorjahre die Löhne geregelt sind. Auch sind wir dabei, die Frage der Regelung der Ar- beitszeit zum Abschluß zu bringen. Damit steht im Zusammenhang die Festlegung einer allgemeinen Lohnhöhe, die endlich mal die Verhältnisse herbei- führen und möglichst eine Einheitlichkeit herbei- führen soll. Damit wird ja auch eine mate- rielle Verbesserung eintreten müssen. Diese Maß- nahmen werden eine Summe von 300 000 bis 350 000 Mark erfordern. De Angelegenheit befindet sich noch in vorbereitendem Stadium. — Auf die anderen Fragen (Zölle) hier noch weiter einzugehen, er- überigt sich wohl. Das kann auch an andere Anlässe nicht sein. Die Schulzölle sind nicht nur für die Agartler da, sondern sie sind auch für die Industrie ge- wesen. Die Tatsache der Schulzölle ist in jeder Richtung. Wir sind dabei, die Gründe dieser Sterb- lichkeit zu ermitteln.

Die Behauptung, die Herr Völlender an die Spitze seiner Ausführungen gestellt hat, daß die nachge- bunden Bürger Leipzigs nicht imstande seien, die Teue- rung zu lindern, dürfte wohl sehr widerlegt sein. Was geschehen kann, wird wohl in Zukunft geschehen. Stadtv. Völlender: Ueber das, was geschehen ist und was geschehen kann, dürften die Ansichten wohl verschieden sein. Redner geht dann auf die Ausführungen des Herrn Joachim ein. Es ist ihm nicht eingefallen, die Fleisch- und Bäder zu ver- leumden. Weiter verweist er die Einrichtungen des Konsumvereins und redet schließlich von der dreien Stelle des Herrn Joachim.

Der Vorsitzende hält den Ausdruck des Herrn Joachim, Herr Völlender habe die Bäder und Fleisch- verleiher, nicht für richtig, ebenso denjenigen des Herrn Völlender von der dreien Stelle des Herrn Joachim, und ersucht, derartige Redensarten im Interesse des Kollegiums zu unterlassen.

Nachdem Stadtv. Joachim noch einmal auf die Ausführungen des Herrn Völlender geantwortet, nimmt Stadtv. Dr. Werner das Wort, der für die Anträge 1a und 3 stimmen wird. Stadtv. Senner wendet sich gegen den Ausdruck des Oberbürgermeisters, daß sich eine gewisse Preisse- fereschaft gegen den Rat benommen. Nicht bitter hat die Beschuldigung die Vorwürfe entgegenge- nommen, die hier leiserweise gemacht worden sind. Redner tritt für das Ausschreibeverbot ein und hält die vom Rat beschlossenen Maßnahmen für zu gering.

Stadtv. Villame wendet sich dagegen, daß der Rat Maßnahmen trifft, die keine Kreise des Volkes schwer schädigen müssen: Einkauf der Kar- toffeln und der Seefische usw. Sie würden dadurch nur weitere Punkte der Sozialdemokratie in die Arme treiben. Redner bedauert die Ausführungen des Stadtv. Werner. Oberbürgermeister Dr. Dietrich: Ich habe ge- sagt, mit werden dann zu den Maßnahmen überreden, wenn die von mir angegebenen Voraussetzungen zu- treffen. Die Seefischhändler, die wir erwähnt haben, haben ihren Zweck in weitestem Maße erfüllt. Daß wir unleren Arbeitern wie jeder andere Unternehmer damit entgegenkommen, das ist unsere Pflicht. Doch wir nun nicht dazu da sind, alle die Mängel, die in der Welt bestehen, zu beseitigen, das steht wohl ohne weiteres fest. Ich habe auf den Beifall der Sozialdemokraten nicht gerechnet, sondern nur die Ansicht des Rates geäußert.

Stadtv. Streubel wendet sich ebenfalls gegen die Behauptungen des Stadtv. Werner. Seine ein- zelnen Ausführungen waren am Freitisch nicht verständlich. Stadtv. Red bepricht die Folgen, wenn Oester- reich und Holland die Grenzen geschlossen hätten. Im übrigen vertritt er seinen Ausdrack, wenn er gesagt habe, es könnten manche Leute besser leben, wenn sie in ihren Ansprüchen bescheiden lebten.

Stadtv. Prof. Dr. Wenneke: Es würde nicht leicht sein, zu bestritten, daß die Lebensmittelpreise ge- stiegen seien. Es sei aber Tatsache, daß manche Be- amtenfamilie schwerer zu kämpfen habe als viele Ar- beiter. Redner weist besonders auf die Ausführungen des Abgeordneten Rebel auf dem Jenaer Parteitag hin, der gesagt habe, er sei stolz darauf, die russische Revolution mit einer halben Million unter- stützt zu haben. Redner tritt zum Schluß den Aus- führungen des Stadtv. Werner entgegen.

Oberbürgermeister Dr. Dietrich weist darauf hin, daß durch den Einkauf der Fleischpreise um 1,8 Pf. gesunken seien.

Die Abstimmmg. Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Ausschusses gegen 21 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, der Antrag des Stadtv. Lehmann mit 38 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Der Haushaltsplan für 1912. Darauf wurde in die Beratung des Haushalts- planes eingetreten. Den Bericht des Finanzaus- schusses erstattete der Vorsitzende, Kommerzienrat Tobias.

Der Referent hob das erfreuliche Zusammen- arbeiten von Rat und Stadtverordneten hervor, wo- durch fruchtbringende Ergebnisse erzielt wurden. Er begrüßte die Schaffung des Kammererpostens und erwartete von dem Bürgermeister, daß er das ihm durch seine Wiederwahl ausgeprohene Vertrauen durch Energie in der Umänderung des kaufmän- nischen Teiles der vererbenden Unternehmungen recht- fertigen wird. Der Finanzauschluß wünscht künftig die Lösung prinzipieller Fragen vor Einreichung des Haushaltsplanes, und nicht erst im Haushaltsplan selbst ausgesprochen, um ein ganz falsches Bild zu vermeiden. Die Stadtverordneten können sonst nicht, was bisher ihr Stolz war, die Ende des Jahres den Etat verabschieden. — Referent wolle nur auf die wichtigsten Punkte eingehen, der Schwerpunkt läge in der Einzelberatung der Ausschüsse. Die Haupt- sache sei, daß das Resultat ein günstiges, eine Steuererhöhung ausge- schlossen sei, wenn auch der bevorstehende Winter durch die Teuerung besondere größere Ausgaben erfordern würde. — Der Finanzauschluß habe kein Hauptaugenmerk darauf gelegt, unter Fürsorge für spätere Geschlechter auch das Recht der Gegen- wart zu wahren; er holte die Finanzpolitik des Rates durch die Ministerialverordnung beim-

flucht, die in ungewöhnlichem Maße für die Zukunft sorgen wolle. — Wenn in den letzten 3 Jahren 10 Prozent Steuern zuviel bewilligt seien, so sei das gegeben, um ein unumgänglich notwendiges Be- triebskapital von 7 Millionen zu sammeln. Kommt dazu nun noch das neue Krankenhaus für 12 Mil- lionen, das noch für viele Generationen ist, Bäder usw., so sei die Belastung der Jetztzeit eine große. — In der letzten Sitzung vor den Ferien habe man der Bürgerchaft ein Herzensgehört gemacht, indem man 332 000 M für eine Schule einfach aus den Steuern nahm, während es bisher aus Anleihe genommen wurde. Im Jahre 1911—1912 sollen 8 neue Schulen gebaut werden im Betrage von 3 100 000 M. Darin seien aber noch nicht die neuen Fortbildungsschulen enthalten. Es sei ganz unmöglich, derartige aus den Steuern zu zahlen, sogar die Turnhallen wolle der Rat aus den Steuern bezahlen. — Der Referent wies darauf hin, daß andere Straßen sich auch viel schneller durch die Post-Autos abnützten, die die Straßen in Grund und Boden ruinieren. Leider sei in Anbetracht der Bundesratsverordnung das nicht zu unterlegen; die Rücksicht auf die Industrie habe aber eine Grenze. Der Rat könne durch Straßenpolizeierordnung Abhilfe schaffen, eventuell soll er den Post-Autos eine ganz ge- hörige Extraktsteuer als Beihilfe zur Unterhaltung der Straßen auferlegen. Auch vom hygienischen Standpunkt, Staubentwässerung usw., sei die Beschränkung dieser Post-Autos notwendig. — Ueber das Wasser- wesen seien in der Bürgerchaft falsche Vor- stellungen verbreitet. Nicht der Rat habe die Schuld, daß das neue Werk noch nicht in Betrieb genommen sei, sondern einige Grundbesitzer, die gegen die Durchführung der Röhre in ihren Fluren Einspruch erhoben hätten. Man könne also nicht vorwärtskommen, solange das Enteignungsverfahren nicht erledigt sei. — In den Gesamtsitzungen wünscht man, sofort die Ein- führung der Herzogin für die ganze Stadt im An- griff zu nehmen und nicht in einem einzelnen Bezirk. — Die eingeführte neue Kassenverordnung habe bisher keine Ergebnisse erzielt. Zur Vermeidung von Zinsverlusten müßten die Rechnungen viel schneller ausgeführt werden. Es sei notwendig, unleren vererbenden Unternehmungen nicht bloß Technik, sondern auch kaufmännische Kräfte anzubieten. Das Betriebsvermögen, das erst kürzlich geschaffen sei, würde über schon Ende 1911 5 Millionen betragen. Auch die Wansfelder Krüge seien vom Rate mit 10 M Erträgen als zu niedrig angenommen. Wohl das Doppelte sei zu erwarten. Das Areal in Mar- tanzhödt verhält sich mit 1 1/2 Proz. Wen soll es verlaufen. — Die Theater würden durch neue Vor- schriften über Feuer- und Verkehrssicherheit wie durch technische Anforderungen wesentliche Ausgaben erfor- dern. Das würde beim Alten Theater durch Dreh- bühne usw. in die Hunderttausende gehen, aber jede neue Ausgabe für Ausbesserung würde nie etwas Vollkommenes schaffen, auch keine Garantie geben, daß in 5 bis 6 Jahren nicht wieder neues Material erforderlich sei. Er gebe anheim, zu erwä- gen, ob es nicht richtiger sei, das ganze Alte Theater niederzuzerreiben und ein neues Haus zu bauen. — Der Finanzauschluß behält sich vor, über Verwendung verschiedener Posi- tionen, namentlich Wertwauschsteuer, Biersteuer usw., erst bei Festlegung des Steuerjahres für 1912 Entscheidung zu treffen. Wie sehr die Ansprüche der Stadt gewachsen seien, geht daraus hervor, daß der Etat der Stadt vor 10 Jahren 30 Millionen betragen hat und 1911 64 Millionen, also in 10 Jahren über das Doppelte. Man hofft zwar, daß die günstigen Ertragsverhältnisse und die Steuern auch in Zu- kunft nicht erhöht werden brauchen. Man soll sich aber nicht dem Wahne hingeben, als ob man im Gelde schwimme und drauf loswirtschaften könne. Sparjamkeit müsse auch fernerhin geübt werden.

Die Debatte. Stadtv. Sande: Die jatten Flötenzüge, die der Referent angeführt hat, beweisen, daß man mit dem Etat einverstanden sein kann. Der Wunsch ist aber berechtigt, daß nach Möglichkeit der Haushalts- plan auch das bringt, was im Jahre zu erwarten ist. Kein Stand ist so in der Zwangslage, wie man es vom Wittelsbach sagen kann. Wenn ich den Stadt- rat bitte, die Wünsche des Mittelstandes zu wahren, so würde es im Interesse der Allgemeinheit liegen, wenn der Rat die eigene Regie aus der Hand legen wollte. Redner hält es nicht für richtig, daß bei den Lindenauer Weizen eine Dresdener Firma beauf- tragt werden ist.

Stadtv. Lange: Ich möchte diese Gelegen- heit benützen, um unsere Stellung darzulegen. Daß verschiedene Ansichten aufeinanderstoßen, haben nicht, was das Wohl der Allgemeinheit dabei im Auge behalten wird. In den letzten 20 Jahren ist das Interesse an der hiesigen Verwaltung viel reger geworden. Der Anteil der Betriebe an der hiesigen Verwaltung ist nicht in dem Verhältnis gestiegen. Wenn wir hier auch nicht die Mehrheit haben — das sollte Bezeugt sein haben wir, daß wir die Mehrheit der Bürgerchaft vertreten. Was das Wohl und Wehe der Stadt betrifft, so liegt uns das genau so am Herzen, wie jedem anderen. Kann Leipzig heute noch sagen, daß es die schönste Stadt Deutschlands sei? Das konnte man nur sagen, als ein Bürgermeister Müller an der Spitze gestanden hat. Was den Etat betrifft, so zeigt er ein freund- liches Gesicht. Ich traue diesem Gesicht aber nicht. So fällt mir auf, daß unter Ueberbühnung eine William Wolf notiert sind. Sie sind aber nicht als faktisch zu betrachten, da sie nur buchmäßig auf- geführt sind. Redner bittet das Kollegium, den Rat zu ersuchen, den Stadtverordneten über die Teue- rungsbeihilfen, die im Etat nicht vorgezogen sind, bald eine Vorlage gehen zu lassen. Wenig er- freulich ist auch das Kleinliche Herabziehen der Schul- ordnung, sowie das Disziplinarverfahren gegen Leipziger Lehrer. Mit harten Worten geht Redner gegen die Vergünstigungsteuer vor. Wir sind uns be- wußt, daß wir auch weiterhin zum Wohle der Stadt mitarbeiten werden.

Oberbürgermeister Dr. Dietrich: Ich bin nicht in der Lage, zu den Ausführungen des Stadtv. Lange über das Disziplinarverfahren gegen Leipziger Lehrer irgendwelche Erklärungen abzugeben. Daß der Haushaltsplan nicht vollständig ist, liegt daran, daß er bereits im Juni aufgestellt ist, liegt wir haben uns der Ueberzeugung des Herrn Sande angeschlossen, daß die Lage des Mittelstandes keine erfreuliche ist, und daß wir helfen wollen, wo wir können. Zum Schluß teilte der Vorsitzende mit, daß der Rat einen Antrichter beauftragt habe, ein Projekt für den vollständigen Neubau des Alten Theaters aufzustellen.

Nach 1/2 12 Uhr wurde die öffentliche Sitzung ge- schlossen.

Degea Unser bester Glühkörper Ist nur echt in Originalpackung mit Aufschrift „Degea“

